Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 144. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 26. März 1862.

Telegraphische Nachricht.

Brüssel, 25. März. Nach der heutigen „Indep." hätte der Papst bei dem Empfange des französischen Botschafters Lavalette vor dessen Abreise das an die Bischöfe erlassene Verbot, ohne Autorisation der Regierung nach Rom zu gehen, getadelt. Lavalette hätte erwidert, die Regierung führe nur die Bestimmungen des Concordats aus.

Preußen.

Berlin, 25. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Hauptmann Giese im Magdeburgischen Pionnier-Bataillon Nr. 4 den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Schulzen Ganzer zu Brettin im zweiten Jerichowschen Kreise das Kreuz der vierten Klasse des kgl. Hausordens von Hohenzollern, dem Schullehrer und Organisten Gottfried Brauer zu Stalle im Kreise Marienburg, sowie den Schullehrern Peter Bleske zu Groß-Wittenberg und Christoph Reich zu Hasenberg im Kreise Deutsch-Crone das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Steulmann zu Grünberg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Goldberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Glogau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Goldberg, und der bisherige Kreisrichter Bethe in Löwenberg zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Löwenberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Glogau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Löwenberg, ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Eisenbahn-Direktor Haehner zu Köln und dem Fabrikbesitzer und Waffen-Lieferanten Valentin Christoph Schilling zu Suhl die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein k. H. ihnen verliehenen Ritterkreuzes resp. erster und zweiter Klasse vom Verdienst-Orden Philipps des Großmüthigen, so wie dem Privatgelehrten Dr. v. Hagenow zu Greifswald zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Maj. ihm verliehenen Ritterkreuzes des Nordstern-Ordens zu ertheilen. (St.-A.)

Berlin, 25. März. [Ueber die Convertirungsmaßregel] spricht sich die „Berl. B.-Z." in folgender Weise aus: Es sind seit der Conversion der 4½pCt. preußischen Staatsanleihen von 1850 und 1852 in 4pCt. erst wenige Tage verflossen, schon aber läßt sich mit großer Klarheit die Position erkennen, welche die für das Glücken der Maßnahme allein maßgebenden Börsenkreise dazu einnehmen. Diese Stellung ist aber eine oppositionelle, und zwar in dem Maaße, daß leicht die ganze Maßregel mißglücken und nicht blos Hr. v. d. Heydt, sondern die Regierung im Ganzen in arge Verlegenheiten dadurch kommen dürfte. Die von der Conversion betroffenen 4½pCt. Schuldverschreibungen sind bereits bis auf 100½ im Course herabgegangen, die 4pCt. wurden gestern per Mai bereits zu 99½ gehandelt, und es sind dadurch bereits jetzt alle die Eventualitäten nahe gerückt, welche es für die Besitzer leicht vortheilhaft erscheinen lassen dürften, lieber ihr baares Geld gegen Einlieferung der gekündigten Obligationen in Empfang zu nehmen. Zudem fällt der Erklärungstermin so ziemlich mit dem voraussichtlichen Termin für Vornahme der Wahlen zusammen, und so weit dürfte wohl auch die Selbsttäuschung des Hrn. v. d. Heydt nicht gehen, um einen günstigen Ausfall der Wahlen für sich zu erwarten. Die Besorgnisse, die aber ein solcher gegen die Regierung gerichteter Ausfall der Wahlen in Beziehung auf fernere Differenzen nothwendig erregen muß, werden weitere Veranlassung geben, lieber das baare Geld zu fordern, und auch darüber mag sich Hr. v. d. Heydt nicht täuschen, daß Viele die Kündigung acceptiren werden, um seine Verlegenheit zu vermehren. Kurzum, die beliebte Convertirung, die zudem noch zusammenfällt mit einer gleichzeitigen Convertirung verschiedener Eisenbahn-Prioritäten, erweist sich schon jetzt als eine Maßregel nicht ohne Gefahr, ganz abgesehen auch von den dabei in Rede stehenden staatsrechtl. Fragen; denn wenn auch unseres Bedünkens die Kündigung unzweifelhaft vorgenommen werden konnte, so ist es doch gewiß fraglich, ob die dafür in Aussicht genommene Ausgabe von ca. 150,000 Thlr., die man für das halbe Prozent Prämie gewähren will, ohne Genehmigung des Landtags gemacht werden kann. Und auch das ist fraglich nach dem Wortlaute des Gesetzes, ob nicht die durch die Convertirung ersparten Zinsen lediglich für eine vermehrte Amortisation verwendet werden müssen. Man kann zwar das Resultat nicht mit Bestimmtheit vorhersagen, aber wie sich die Sache im Augenblick ansieht, ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Börse gegen die ferneren beabsichtigten Convertirungen ein Veto dadurch einlegt, daß sie bei dieser ersten Kündigung einfach in vorwiegendem Maße das Geld verlangt.

Die „B.- und H.-Z." fügt hinzu: Eine bemerkenswerthe Erscheinung, die auch in den hiesigen Geschäftskreisen eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt und die Beachtung noch weiterer Kreise verdient, ist die Courssteigerung der preußischen Staatsschuldscheine an der heutigen Börse. Der Cours stieg mit einer bei Staatsschuldscheinen durchaus ungewöhnlichen Rapidität um 1 pCt., und die Börse brachte diese Erscheinung mit der Convertirung der 4½ proc. Anleihen in Verbindung. Nicht nur daß die Kapitalisten selbst es vorziehen, ihre 4½proc. Anleihen zu verkaufen und 3½proc. Staatspapiere dagegen zu kaufen, auch die Regierung hat ein naheliegendes Interesse, die mit niedrigerer Verzinsung ausgestatteten Staatspapiere zu treiben, schon um dadurch auf den Coursstand der zur Conversion bestimmten einzuwirken und deren Cours über Pari zu erhalten. Gelingt der Regierung dies nicht, — allem Anscheine nach, und nach den offenbar großen Anstrengungen, die an der Börse unzweideutig hervortreten, wird der Regierung diese Operation gelingen, — dann ist zu erwarten, daß ein großer Theil der gekündigten Anleihen zur Einlösung gebracht wird. Namentlich ein Umstand könnte hinderlich werden, und es scheint im Interesse der von der Regierung eingeleiteten Operation zu liegen, daß die in dieser Beziehung obwaltenden Besorgnisse beseitigt werden. An der Börse geht nämlich das Gerücht, daß es im Plane liege, nach vollständiger Durchführung der Conversion von 4½ pCt. auf 4 pCt. eine weitere Reduction des Zinsfußes auf 3½ pCt. eintreten lassen. Hiernach könnte mancher Obligationen-Inhaber, der geneigt wäre, sich den Umtausch von 4½proz. gegen 4proz. Obligationen gefallen zu lassen, bestimmt werden, der alternativen Kündigung vor der Umwandlung den Vorzug zu geben, und sich von den Staatspapieren überhaupt zurückzuziehen.

Wir hören übrigens, daß auch die Convertirung der 4½prozent. Prioritäts-Obligationen der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn-Gesellschaft jetzt mit Sicherheit zu erwarten ist.

Posen, 19. März. [Die Adresse an den Papst.] Der posener Correspondent der „Ostsee-Zeitung" hatte vor einiger Zeit Mittheilung über eine polnische Ergebenheitsadresse an den Papst gebracht, die von der aristokratischen und strengkatholischen Partei ausgegangen, unterschrieben und (durch den Grafen L. Rzewuski) bereits überreicht worden sei. Eine Berichtigung, die der „Dziennik poznanski" darauf brachte, war mehr geeignet, den Leser zu verwirren, als über den Thatbestand aufzuklären. Jetzt wendet sich der oben erwähnte Verfasser der Nachrichten in der „Ostsee-Zeitung" gegen den „Dz. pozn." und schreibt: „Ungeachtet des Widerspruchs des „Dz. pozn." muß ich meine frühere Mittheilung über eine an den Papst gerichtete polnische Adresse entschieden aufrecht erhalten. Dieser Widerspruch verliert schon dadurch alles Gewicht, daß er erst nach sieben Wochen erhoben worden ist. Er ist aber auch völlig grundlos. Die von mir erwähnte Adresse war von der klerikalen Partei ausgegangen und ist dem Papste schon vor etwa acht Wochen überreicht worden; sie ist somit eine ganz andere, als die vom „Dz. pozn." bezeichnete, die von der liberalen Partei ausgegangen sein und erst jetzt zur Unterzeichnung circuliren soll. Die polnische liberale Partei hätte wahrlich wenig Veranlassung, dem Papste eine Adresse zu überreichen, da sie entschiedene Anhängerin Garibaldi's und der Einheit Italiens und Gegnerin der weltlichen Macht des Papstes ist.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. März. [Vom Bundestage.] Der in der Bundestagssitzung vom 13. d. M. von dem königl. baierischen Gesandten Namens des Ausschusses für die holstein-lauenburgische Verfassungs-Angelegenheit und der Executions-Commission erstattete Vortrag lautet vollständig wie folgt:

„In der 29. Sitzung vom 12. August v. J. haben die vereinigten Ausschüsse der hohen Bundesversammlung Anzeige über eine von Seiten der königlich dänischen Regierung den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen gegenüber abgegebene Erklärung in Bezug auf die Verfassungs-Angelegenheit des Herzogthums Holstein und über die damals in Aussicht stehenden weiteren Verhandlungen gemacht. Die Ausschüsse hoben dabei hervor, daß einer weiteren Mittheilung der Regierungen von Oesterreich und Preußen seiner Zeit entgegengesehen werden dürfe, und behielten sich weitere Berichterstattung vor.

Zu einer solchen sehen sich die vereinigten Ausschüsse jetzt durch die ferneren Mittheilungen veranlaßt, welche ihnen die Herren Gesandten von Oesterreich und Preußen gemacht haben.

Im Verfolge der am 9. August v. J. gemachten Vorlagen haben nämlich unterm 6. d. M. diese beiden Herren Gesandten den Ausschüssen folgende Actenstücke übergeben. (Hier werden die bekannten Depeschen aufgezählt.)

Die vorgenannten Herren Gesandten bemerkten hierbei, daß es den Regierungen von Oesterreich und Preußen habe angemessen erscheinen müssen, der hohen Bundesversammlung Gelegenheit zu geben, sich selbst über den Stand der Angelegenheit ein Urtheil zu bilden und nach Befinden sich der Verwahrung anzuschließen.

Die Ausschüsse halten es für ihre Pflicht, diese Actenstücke anliegend nach ihrem ganzen Wortlaut zur Kenntniß h. Bundesversammlung zu bringen und nachfolgende Aeußerungen daran zu knüpfen.

In Folge derjenigen Erklärungen der königl. dänischen, herzoglich holsteinischen Regierung, über welche die Ausschüsse am 12. August v. J. Anzeige erstattet haben, konnte man sich der Erwartung hingeben, daß es den bevorstehenden vertraulichen Verhandlungen gelingen werde, die Grundzüge von Verfassungseinrichtungen aufzustellen, durch welche den bisher ergangenen Bundesbeschlüssen und den in den Jahren 1851 und 1852 gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen Geltung und Vollzug gesichert und damit allen schwebenden Differenzen ein Ende gemacht würde. Diese Erwartung ist aber bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen.

Die dänische Depesche vom 26. Oktober v. J. beschränkte sich darauf, Vorschläge für einen provisorischen Zustand im Herzogthum Holstein zu machen und hierfür eigentlich nur diejenigen Propositionen zu wiederholen, welche bereits von den holsteinischen Ständen abgelehnt worden waren, und als nun die deutschen Mächte in ihrer Erwiderung vom 30. November resp. 5. Dezember v. J. die Nothwendigkeit nachwiesen, den Verhandlungen eine breitere Basis zu geben, und die königlich dänische Regierung um eine Darlegung ihrer Ansichten über eine definitive Ordnung aller in dem Uebereinkommen von 1852 enthaltenen Punkte, also insbesondere auch der einen integrirenden Theil derselben bildenden Verhältnisse des Herzogthums Schleswig ersuchten, so erfolgte unterm 26. Dezember v. J. eine Antwort, welche nicht blos das Eingehen auf Verhandlungen über diese Punkte ablehnt, sondern es sogar zweifelhaft erscheinen läßt, ob die königl. dänische Regiernng überhaupt die Verhandlungen und Vereinbarungen von 1851 und 1852 noch als sie bindend und sich selbst als zu deren Vollzug verpflichtet anerkennt.

Dieser Zweifel ist durch die ganze Fassung der Depesche des dänischen Herrn Ministers vom 26. Dezember v. J. begründet, welche es als einen nutzlosen Versuch bezeichnet, die Voraussetzungen von 1852 vollständig in der damals beabsichtigten Weise durchzuführen, und die Behauptung aufstellt, daß die allgemeinen Voraussetzungen der damals beabsichtigten Ordnung seitdem wesentlich modificirt seien. Diese Aeußerungen werden dadurch um so bezeichnender, daß die Depesche ausdrücklich auf den Schriftenwechsel verweist, welcher aus Anlaß der preußischen Kammerverhandlungen im Jahre 1860 stattgehabt hat.

In diesem Schriftenwechsel, welcher von dem königl. preußischen Herrn Gesandten dem Ausschusse mitgetheilt wurde und dessen Inhalt ebenfalls aus der Anlage ersichtlich ist, findet sich eine Depesche des königl. dänischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den königl. Gesandten zu Berlin vom 10. Juni 1860, worin das Herzogthum Schleswig als eine dänische Provinz bezeichnet und behauptet wird, das Uebereinkommen von 1852 beziehe sich in keiner Weise auf Schleswig, und die vorausgegangenen Verhandlungen enthielten neben den förmlichen in Bezug auf Holstein übernommenen Verpflichtungen den Ausdruck der königlichen Absichten rücksichtlich der dem Herzogthum Schleswig in der Gesammtmonarchie zu gebenden Stellung, namentlich der Absicht, dasselbe nicht in das Königreich zu incorporiren.

Der hier gemachte Unterschied zwischen förmlichen Verpflichtungen und königlichen Absichten erhält seine vollständige Erläuterung durch die Vergleichung mit einer Circular-Depesche an die dänischen Gesandtschaften vom 25. Mai 1860, worin geradezu gesagt ist, daß Dänemark sich dem deutschen Bunde gegenüber nicht durch irgend welchen Tractat, noch durch irgend eine Uebereinkunft verpflichtet finde, soweit es die Organisation und Verwaltung Schleswigs betreffe.

Es bedarf hiernach keines näheren Nachweises, wie wohlbegründet es war, daß die deutschen Mächte in ihrer Rückäußerung vom 8. Februar d. J. an die k. dänische Regierung die Frage gerichtet haben:

> ob sie in den angezogenen Schriftstücken des Jahres 1860 wirklich ihre definitive Auffassung ausgesprochen habe und bei derselben stehen bleibe? oder ob sie den bindenden Charakter der 1851/52 abgegebenen Zusagen auch jetzt noch, und zwar auch in Betreff des Herzogthums Schleswig, anerkennen und dieses Anerkenntniß als die Basis der weiteren Verhandlungen mit den deutschen Mächten annehmen wolle?

Nur aus der bestimmten Beantwortung dieser Frage wird sich erkennen lassen, ob noch ein gesicherter Boden für weitere möglicherweise zu einer Verständigung führenden Verhandlungen gegeben ist.

Die königl. dänische Regierung hat sich übrigens nicht darauf beschränkt, die Verabredungen von 1851—52 in diplomatischen Schriftstücken in Abrede zu ziehen. Sie hat auch staatsrechtliche Acte vorgenommen, welche jenen Verabredungen präjudizirlich werden können. Die beiden an den Reichsrath in Kopenhagen vorgelegten Gesetzentwürfe über Modificationen des Verfassungsgesetzes vom 2. Oktober 1855 sind unverkennbar auf eine wesentliche Alterirung der Stellung des Herzogthums Schleswig in der Gesammtmonarchie gerichtet. Die Frage, wie dies mit den in den Jahren 1851—52 gegebenen Garantien zu vereinigen wäre, scheint die königl. dänische Regierung dabei gar nicht erwogen zu haben.

Mit vollem Rechte haben daher die deutschen Mächte in ihren Depeschen vom 14. Februar d. J. bezüglich jener Acte Verwahrung eingelegt, und die vereinigten Ausschüsse nehmen keinen Anstand, der hohen Bundesversammlung den Anschluß an diese Verwahrung zu empfehlen.

Die Ausschüsse übersehen hierbei in keiner Weise, daß das Herzogthum Schleswig nicht zum deutschen Bunde gehört, und daß deshalb der Bundesbeschluß vom 29. Juli 1852 dasselbe nicht direct erwähnt. Hieraus kann aber nicht, wie es die oben angezogenen Depeschen des dänischen Herrn Ministers thun wollen, gefolgert werden, daß dem deutschen Bunde in Bezug auf jenes Herzogthum keinerlei Berechtigung zustehe. Es folgt hieraus vielmehr nur, daß diese Berechtigung nicht denselben Charakter habe, wie bezüglich des Herzogthums Holstein. Jedenfalls aber hat dieselbe den Verabredungen von 1851 — 1852 eine vertragsmäßige internationale Grundlage erhalten. Die Krone Dänemark hat sich in jenen Verhandlungen und Uebereinkommen nicht blos gegenüber von Oesterreich und Preußen verpflichtet, sondern genau in demselben Umfange auch gegenüber dem deutschen Bunde, in dessen Namen und speciellem Auftrage die beiden deutschen Mächte damals verhandelten, dem sie das Resultat ihres Auftrages vorlegten und der dann in demselben durch den Beschluß vom 29. Juli 1852 die Beilegung der bisherigen Streitigkeiten zwischen Dänemark uud dem deutschen Bunde anerkannte und genehmigte. Gegen jede Verletzung dieser Verpflichtungen Verwahrung einzulegen, ist mithin die hohe Bundesversammlung eben so sehr berechtigt und veranlaßt, als die höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen.

Aus diesen Erwägungen stellen die vereinigten Ausschüsse den Antrag:

„Hohe Bundesversammlung wolle beschließen:

1) in völliger Uebereinstimmung mit den von den höchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen in Kopenhagen gethanen Schritten sich insbesondere der von denselben in den gleichlautenden Noten vom 14. Febr. d. J. eingelegten Verwahrung anzuschließen.

2) Den königl. dänischen, herzoglich holstein- und lauenburgischen Herrn Bundestags-Gesandten zu ersuchen, seiner höchsten Regierung hiervon Mittheilung zu machen."

Rußland.

Warschau, 21. März. [Tagesbericht.] Selten ist ein Eisgang bei uns so glücklich von statten gegangen, als dies Jahr, denn unser Wasserstand erreichte während desselben nicht ganze 11 Fuß am warschauer Pegel. Die Probefahrten der Dampfbotoe haben begonnen, der Verkehr mit Praga mittelst der Schiffbrücke ist wieder hergestellt, und die Eröffnung der Schifffahrt kann bald erfolgen, wenn wir nicht, wie die vergangene Nacht, öfteren Schneefall bekommen. Bei Wegrow, 13 Meilen östlich von Warschau, liegt der Schnee noch massenhaft, bei Nur fährt man über den Bug noch über das mehrere Fuß dicke Eis. — Wie uns die Regierungszeitung mittheilt, werden wir wohl bald eine Militär-Aushebung in Rußland und Polen zu erwarten haben, weil während der 6 Jahre, in welchen nach dem Krimkriege keine Aushebungen stattfanden, die bei Herabsetzung der Armee auf den Friedensfuß beurlaubten Mannschaften bis jetzt zur Ergänzung genügten, diese Reserven aber nun erschöpft sind. Das Königreich Polen hat, wie wir aus einer amtlichen Berichtigung des „Pays" ersehen, während dieser 6 Jahre 86,000 junge Leute im Lande behalten, welche nach den früheren Rekrutirungs-Gesetzen zur Armee hätten gestellt werden müssen. Die 56 kriegsgerichtlich wegen Theilnahme an den vorjährigen Unruhen zur Einstellung ins Militär verurtheilten jungen Leute, welche unter den bis zum 27. Januar im Ganzen verurtheilten politisch Compromittirten sich befinden, werden den dies Jahr Einzustellenden angerechnet werden. Außer diesen 56 mit Vorbehalt aller ihrer Rechte Verurtheilten sind nur 3 Personen in die Straf-Compagnien Sibiriens eingereiht, und 24 Personen, worunter 20 katholische Geistliche in den Gouvernements des europäischen Rußlands internirt worden. In der vorgedachten Widerlegung des „Pays", welche der gestrige „Dziennik Powszechny" enthält, und die sich besonders auf die Beschuldigung gegen den Erzbischof Felinski, daß er von der Regierung beschränkt und überwacht werde, bezieht, hebt das amtliche Blatt hervor, was überdies stadtkundig ist, „daß die Fürbitten des Erzbischofs für unglückliche Verurtheilte fast sämmtlich berücksichtigt, bei vielen Priestern die Strafen gemildert, und mehrere junge Leute, welche zur Einreihung in's Militär verurtheilt waren, ihren Familien wieder zurückgegeben worden sind. Seit der Ankunft des Erzbischofs in Warschau haben sich übrigens viele Priester von der Kanzel herab politische Aeußerungen erlaubt, welche geeignet waren, die Erbitterung der Gemüther zu steigern; man überließ es aber ausschließlich dem Erzbischof jene Priester auf den Pfad der Pflicht zurückzuführen." — Zur Freude der hiesigen evangelischen Gemeinde ist vorgestern Pastor Otto nach 4½ monatlicher Haft aus der Citadelle entlassen worden, ohne daß ihm bis jetzt ein Urtheil publicirt wurde. Der Kriegs-Gouverneur hat ihm nur mündlich mitgetheilt, deß er zur Internirung in Wologda, seitwärts St. Petersburg, verurtheilt sei, und daß er bis auf Weiteres im Kreise seiner Familie bleiben und zur Herstellung seiner Gesundheit auf's Land gehen könne. Man hofft inzwischen seine Begnadigung durch den Kaiser, ebenso für den Aeltesten der Kaufmannschaft Xav. Schlenker. — Gestern wurde hier das Leichenbegängniß des im 57. Jahre verstorbenen Directors der Warschau-Wien-Bromberger Bahn, Rosenbaum, begangen. (Ostf. Z.)

Osmanisches Reich.

Stambul, 12. März. [Vorsichtsmaßregeln gegen Griechenland. — Anlehen. — Uebertritt der Bulgaren zur römisch-katholischen Kirche.] Trotz allen vergeblichen Anstrengungen des „Precurseur d'Athenes", die Verhältnisse in Griechenland in bestem Lichte darzustellen, trotz all' der beruhigenden Versicherungen des hiesigen griechischen Gesandten, Herrn Renieris, ist die Pforte doch vollauf mit der Aufstellung eines Sicherheitskordons gegen Griechenland beschäftigt. Die türkischen Kosacken, die von der Herzegowina aus Verdachtsgründen entfernt wurden, haben sich schon über Janina nach der griechischen Grenze begeben, der in Monastir gelegene Ferik Abdi Pascha ist am 27. v. M. schon nach Larissa abgegangen, und wenn wir hinzufügen das ziemlich begründete Gerücht von der Einberufung 2 Regimenter Redifs, so sind allem Anscheine nach die schönen Hoffnungen von einem friedlichen Frühlinge ganz vereitelt.

Die Unterhandlungen über ein türkisches Anlehen von 10 Millionen Pfund zu 42 Prozent, die schon seit längerer Zeit mit dem Hause Devot u. Comp. in London angeknüpft wurden, sind in bestem Gange. Die hiesige Finanzwelt will natürlich sogar von einem Zustandekommen des Anlehens wissen, und behauptet, die Pforte will dies absichtlich verheimlichen, um ihre Kaimes zu einem desto höheren Course einlösen zu können.

Sehr überraschende Fortschritte macht der freiwillige Uebertritt der Bulgaren zur römisch-katholischen Kirche. Vor einiger Zeit haben wir von einer beträchtlichen Zahl gehört, die in Adrianopel von der griechischen Kirche sich losriß, heute hören wir wieder, daß in Tirnovo und in dessen Bezirk beinahe 6000 Seelen dem Beispiel der Genannten folgten. Die Geistlichen ließen die Kirchen sperren, da an vielen Orten beim Gottesdienste (i. e. griechischen) kein einziger Andächtiger sich einfinden wollte. Dieser Schritt der slavischen Unterthanen des Sultans wird bei Vielen, die in Bulgarien besonders einen ergiebigen Boden für russische Tendenzen glaubten, gewiß Befremden verursachen. Doch liegt ein Irrthum in dieser Meinung, die Bulgaren sehen nur in der griechischen Kirche eine jahrhundertlange gewaltsame Gräcisirung, von der sie sich um jeden Preis losringen wollen. (Wdr.)

Provinzial-Zeitung.

= **Breslau,** 26. März. Der bisherige Predigtamts-Kandidat Herr Dr. Koch aus Frankfurt a. d. O. ist zum Adjunktus Ministerii bei der hiesigen Hofkirche vocirt worden.

§ **Breslau,** 25. März. [Die für heut Abend von dem Comite der verfassungstreuen Partei berufene Wähler-Versammlung] füllte die Räume des Springer'schen Saales bis auf einige Logen vis-à-vis der Rednertribüne. Bald nach 8 Uhr erklärte Hr. Kreisgerichts-Direktor Wachler die Versammlung für eröffnet, und hielt dann folgende

kurze Ansprache! M. H.! Das freie Wort ist ein köstliches Kleinod, ein wahres Palladium für die öffentliche Freiheit. In einer schweren Zeit ist das freie Wort ein wahres Bedürfniß. Ein solches Wort, öffentlich gesprochen, dringt zum Herzen, überzeugt und ermuthigt, wenn eine Verständigung Noth thut, wenn es darauf ankommt, die Ueberzeugung zu befestigen, wenn politische Männer für die Zukunft Muth und Ausdauer bedürfen. In Anerkennung solcher Grundsätze ist diese Versammlung berufen. Wie Sie aus den öffentlichen Blättern ersehen, ist der Zweck: Berichterstattung unserer bisherigen Abgeordneten v. Carnall und Dr. Röpell, und wenn die Zeit zureichen sollte, werde ich nicht unterlassen, eine kleine Nachlese beizufügen, nachdem ich meinem Wahlkreise bereits früher Bericht erstattet habe. Ich ersuche nun Hrn. v. Carnall, das Wort zu ergreifen.

Hr. v. Carnall: Durch die öffentlichen Blätter sind schon mehrfach Berichte über die letzte 8wöchentliche Sitzung des Landtages ins Land gegangen. Wollte ich mich mit einer ausführlichen Berichterstattung befassen, so käme ich in die Lage, vieles Bekannte wiederholen zu müssen. Da mir die Ehre zu Theil geworden, ein Mandat von Ihnen zu erhalten, so erachte ich es für meine Pflicht, Ihnen über meine Haltung im Hause der Abgeordneten Rechenschaft zu geben, und Ihnen zugleich meine Ansichten über die politische Situation mitzutheilen. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich mich in weitläufige Erörterungen einlasse, ich werde mich auf den praktischen Standpunkt stellen; in Jahren vorgerückt, habe ich mir ein besonnenes Urtheil angeeignet, wenngleich das Herz nicht schweigt, wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes handelt. Erkräftigt durch das Vertrauen, das Sie mir geschenkt, von der Gleichheit der Ueberzeugung und der Gesinnung mit meinen Wählern getragen, folgte ich meinem Berufe als Abgeordneter, so schwer es mir auch bei meinen häuslichen Verhältnissen wurde. Als wir nach Berlin gehen sollten, waren schon die Nachrichten über den Ausfall der Wahlen, und die darauf bezüglichen Aeußerungen an hoher Stelle wenig erfreulich. Man hoffte indeß auf Klärung. Noch bedenklicher gestaltete sich die Situation, als wir nach Berlin kamen, und diese Hoffnung sich nicht bestätigte; eine starke Partei nach unserer Gesinnung ließ sich nicht erreichen. Wie bekannt, hatte sich die Vincke'sche Fraction getheilt, und alle Bemühungen zur Wieder-Vereinigung waren vergeblich; obwohl prinzipiell eigentlich kein Unterschied vorhanden war, trennte sich die Harkort-Stavenhagen'sche Fraction sowohl in den Comissionen, als im Abgeordnetenhause von unserer Partei. Auch im Ministerium fand sich keine starke Stütze, an die anzulehnen möglich war, sonst hätte unsere Partei auch ihm eine Stütze bieten können. Die Aussichten mußten sich trüben, als die Vorlagen der Regierung den Ansichten der liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses wenig entsprachen, als zumal der Haupt-Etat wiederum mit einem Defizit von 5 Millionen für den Militär-Etat eingebracht wurde, während in der That für andere Bedürfnisse der Verwaltung nicht in dem Maße gesorgt war, als wie es erwünscht und nothwendig ist. Die Novelle zu dem Gesetz vom Jahre 1814 über den Kriegsdienst wurde im Herrenhause mit Bemerkungen eingebracht, die jeden Anhänger des liberalen Theils des Ministeriums schmerzlich berühren mußten. Das Gesetz wurde bekanntlich im Herrenhause angenommen. Auch der Inhalt des Gesetzes über die Minister-Verantwortlichkeit konnte keineswegs befriedigen. Von der Berathung der Kreis-Ordnung und der Wegebau-Ordnung in den betreffenden Commissionen des Herrenhauses haben wir noch keinen Bericht. Die im Abgeordnetenhause vorgelegenen Gesetz-Entwürfe sind Ihnen bekannt, Sie werden mir daher erlassen, auf deren Inhalt näher einzugehen. Nur das will ich berühren, inwieweit sie den Ansprüchen des liberalen Theils des Hauses genügten oder nicht. Insbesondere war es das Gesetz über die Ober-Rechnungs-Kammer, in welchem schmerzlich die Garantie der Finanz-Controle vermißt wurde, wie sie die Verfassung zusagt. Namentlich zu dem § 11 des Entwurfs, welcher von den Ueberschreitungen bei den Ausgaben handelt, wurde der Hagen'sche Antrag gestellt, auf den ich später näher eingehen will. Neben den Regierungsvorlagen wurden die aus dem Schoße des Abgeordnetenhauses hervorgegangenen Gesetzentwürfe nur in den Commissionen berathen, mit Ausnahme des Gesetzes über Aufhebung der Zinsbeschränkungen. Allerdings war es auffallend, daß der Minister des Innern dagegen stimmte, und es bestimmt ablehnte, an der Debatte Theil zu nehmen. Im Hinblick auf alle diese Umstände wurde doch fleißig gearbeitet; aber man mußte sich immer sagen, daß die zum Ausbau der Verf. nothwendigen Gesetze zuletzt dennoch im Herrenhause nur Ablehnung erfahren würden. So war es auch in den wichtigsten Fragen, die das deutsche Vaterland betrafen. In der kurhessischen Frage war im Abgeordnetenhause eine leidliche Uebereinstimmung erzielt; nicht so in der deutschen Frage. Man war bestrebt mit der Regierung in Uebereinstimmung zu bleiben; als jedoch die Sub-Commission mit ihrer Arbeit fertig war, erklärte sich der Minister des Auswärtigen gegen den Antrag. Solche Wahrnehmungen mußten entmuthigen, und sich in Folge dessen bald die Ueberzeugung geltend machen, daß ein solcher Zustand nicht lange dauern könne. Allerdings, wir, die verfassungstreue Partei, hätten die Krisis in anderer Weise herbeigeführt, als es geschehen. — Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen noch über die Verhandlungen der Budget-Commission (als Mitglied derselben) zu berichten, soweit sie den Hagenschen Antrag betreffen. Nach diesem sollten gewisse Einnahme- und Ausgabe-Positionen näher spezialisirt werden, als dies im Haupt-Etat geschehen, um bei etwaigen Ueberschreitungen der nachträglichen Einwilligung des Abgeordnetenhauses zu bedürfen. Die Befugniß dazu wurde von keiner Seite in Abrede gestellt, weder von der Budget-Commission noch von der Regierung. Es kam nur darauf an, ob sich der Antrag noch für dieses Jahr ausführen ließe. Meine Herren! Da kam aber auch ein wesentlicher Uebelstand in Betracht, daß nämlich jedes Verwaltungsjahr anfängt, ehe das Budget festgesetzt ist. Dieser Gegenstand ist vielfach in Anregung und verschiedene Auskunftsmittel sind in Vorschlag gebracht worden. Es wurde gesagt, der Landtag sollte früher, schon im November, zusammentreten; dennoch wäre die Arbeit bis zum Jahresschluß noch nicht so weit vorgeschritten, daß die Publikation des Etats in der Gesetzsammlung erfolgen könnte, die Zeit, wo der ungenehmigte Etat in Geltung wäre, würde dadurch nur verkürzt. Man wollte deshalb den Jahresschluß auf den 1. Juli verlegen, dagegen traten wesentliche Hindernisse hervor in Bezug auf Abrechnungen, die Zollvereinsverhältnisse u. s. w., kurz, der Termin war nicht durchzuführen. Noch weniger ließ sich der Etat ein Jahr früher feststellen, so daß es über die ganze Angelegenheit zu keinem definitiven Beschluß kam. Der ursprünglich nur auf die Forst- und Domainen-Verwaltung gerichtete Hagensche Antrag mußte allgemeiner gefaßt werden. Nach dem von einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei formulirten und von der Budget-Commission angenommenen Schlußantrag sollte die ganze Sache bis 1863 ausgesetzt bleiben. Da wurde der Hagensche Antrag in der Sitzung des Abgeordnetenhauses mit dem bekannten Resultat erneuert. Es hat sich herausgestellt, daß eine Speciaiisirung des Etats auf Grund der Rechnungen von 1859 nicht durchführbar ist. Wohl aber hatte das Abgeordnetenhaus, auch abgesehen vom Hagenschen Antrage, immer die Befugniß, bei jedem einzelnen Etat besondere Vorschläge zu machen. Somit war durch den Antrag nichts gewonnen. Vielmehr steht fest, daß man mit dem Kühne'schen Amendement weit zweckmäßiger und weit mehr hätte spezialisiren können, als nach den Rechnungen von 1859. Alles war übrigens auf den Militär-Etat abgezielt, obwohl andere Sachen, wie die Gruben- und Eisenbahn-Positionen, hervorgehoben wurden. Sollte die Position von 30 Millionen im Militäretat nach der Abrechnung von 1859 spezialisirt werden, so blieben noch Positionen von 13 Millionen, 8¼, 3½ und 1½ Millionen, die jedenfalls auch noch eine größere Spezialisirung wünschenswerth erscheinen ließen. Wenn andererseits der Hagensche Antrag die Bedeutung nicht hatte, die ihm beigelegt wurde, so mag der daraus entsprungene Conflict seinen Grund darin haben, daß die Linke mit einer gewissen Hast zu Werke ging. Im Hause war man ziemlich allgemein der Meinung, das Ministerium habe in Voraussicht späterer Conflicte lieber diese, als eine prägnantere Frage zur Veranlassung für die Auflösung des Hauses genommen. Was seitdem geschehen, hat diese Annahme gerechtfertigt. Wir kennen das Programm nicht, welches die liberalen Minister für ihr Verbleiben im Amte aufgestellt; der Rücktritt dieser Minister beweist, daß ihr Programm nicht angenommen worden. Wir wissen nicht, wie es möglich gewesen, daß sie das Odium der Auflösung auf sich genommen, vielleicht kommt die Zeit, wo sich auch das aufklärt. Dankbar wollen wir indeß zurückblicken auf die 3 Jahre, die wir durchlebt; zu dieser Zeit kann wohl der Wahl-Erlaß des jetzigen Ministers des Innern den Markstein abgeben. (Beifall.)

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob aus der Versammlung eine Interpellation zu richten sei, meldet sich Niemand zum Wort.

Hierauf äußerte sich Herr Professor Röpell ungefähr folgendermaßen: M. H.! Meine politischen Freunde haben mich wie Herrn v. Carnall aufgefordert, Ihnen Bericht zu erstatten, und ich komme dieser Aufforderung um so lieber nach, als mir dadurch erwünschte Gelegenheit geboten wird, mich Ihnen gegenüber persönlich und offen über die politische Situation der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft auszusprechen. Sie erinnern sich noch Alle, unter welchen politischen Constellationen die letzten Wahlen zum Hause der Abgeordneten stattfanden. Die Gemüther waren durch eine Reihe von Vorgängen aufgeregt. Durch das ganze Land ging der Ruf nach entschiedeneren Männern, als bisher im Abgeordnetenhause saßen. Der Ruf fand in vielen Kreisen Anklang und Wiederhall. Zu gleicher Zeit war der Wunsch rege, jeden Bruch mit der Regierung so lange als möglich zu vermeiden. Neben der Forderung der Entschlossenheit wurde, so viel ich mich erinnere, die Forderung der Besonnenheit und des Maßhaltens gestellt. Auch die Candidaten der Fortschrittspartei sprachen mehr oder weniger die Absicht aus, nicht die liberalen Minister zu stürzen, als vielmehr zu stützen. Als nun das Abgeordnetenhaus zusammengetreten, war es innerhalb und außerhalb des Hauses ein öffentliches Geheimniß, welchen Eindruck die Wahlen an höchster Stelle hervorgebracht. Dazu kam, daß die Militär-Vorlage wie eine dunkle Wolke drohend am Horizont hing, daß die Einheit im Ministerium eine sehr zweifelhafte und problematische war, und jedenfalls die freisinnigen Mitglieder desselben einen schweren Kampf durchzumachen hatten, ehe sie für ihre Vorlage die Sanction der Krone erlangten, das Alles übte einen Druck, und ein Gefühl der Unsicherheit, der Kurzlebigkeit, wenn ich mich so ausdrücken darf, ging von Anfang an durch das Haus. In dieser Stimmung begann die Parteibildung, sie ist im Wesentlichen so geblieben, wie sie sich von vornherein gestaltet hatte. Ich bin wie Hr. v. Carnall und der Vorsitzende zur Grabow'schen Fraction getreten. Zu ihr gehöre ich meiner ganzen politischen Vergangenheit nach, bei ihr fand ich die Männer wieder, mit deren politischer Gesinnung ich seit mehr als 20 Jahren zusammen gehe. An Grabow fand ich einen Führer, an dessen tüchtigem Verhalten als solcher, an dessen Festhalten an Recht und Gesetz, an dessen Festigkeit und Stärke kein Zweifel ist. Außerdem mußte ich die Grundsätze theilen, welche Grabow formuliren ließ. Es waren hauptsächlich 3–4, die ich hervorzuheben habe, wenn ich nicht zu weitläufig werden will. Erste Forderung war der organische Ausbau der Verfassung durch Einrichtungen im Geiste derselben. Ferner: Anerkennung der Nothwendigkeit einer Reform des Herrenhauses; die Fraction sprach es aus, daß, wenn sich das Herrenhaus, namentlich in Betreff der Kreis-Ordnung, entgegenstemme, dann das Bedürfniß nach Reform des Herrenhauses unabweisbar sei. Der dritte Punkt betraf die Militär-Vorlagen. Die Fraction war einig, daß die Organisation der Armee aufrecht erhalten werde, und nicht rückgängig zu machen sei, da die einmal bestehenden Regimenter nicht wieder aufgelöst werden könnten. Aber die Organisation sollte ihre Schranke und Grenze finden an den wirklichen bereiten Mitteln des Etats, mit anderen Worten, die Bewilligung sollte nur soweit geschehen als nicht ein Deficit entstünde und durch hypothetische Einnahmen zu decken wäre, und soweit als möglich ohne Beeinträchtigung gleichwichtiger Staats-Interessen. Vierter Punkt war die innere Entwickelung unseres Landes im Geiste der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung, also persönliche Freiheit, Freiheit der Gewerbe, Freizügigkeit 2c. — Die erste Frage, die sich naturgemäß darbot, war, ob eine Antwort auf die Thronrede in Form einer Adresse erlassen werden sollte. M. H. Sie wissen Alle, die Adresse unterblieb, trotzdem sämmtliche Blätter der liberalen Partei nachdrücklich den Erlaß einer solchen Adresse forderten. Nach langem Kampfe in der Fortschrittspartei (3 Tage lang wurde in der Fraction darüber verhandelt) siegte die Ansicht, daß man die Geschäfte auf dem Punkte angreifen müsse, an welchem eine Verständigung mit der Regierung am leichtesten möglich sei, und lieber die Dinge sich entwickeln lassen wolle. Dies ist eine Handlung der Mäßigung, die allgemeine Anerkennung verdiente und fand. Nun folgten die Vorlagen, deren die Commissionen bald in Hülle und Fülle gehabt. Ich gehörte zur Unterrichts-Commission, unser Vorsitzender war Harkort, der mir, ich weiß nicht warum, alle jüdischen Angelegenheiten zuwies. Aus den Verhandlungen wird Ihnen die Jutrosinskische Sache bekannt sein, die Petition, in welcher die städtischen Behörden in Posen die Anstellung eines jüdischen Lehrers verlangten. Ich war mit Anderen für die Durchsetzung, hatte aber noch eine persönliche Beziehung zu der Sache. Jutrosinski hatte im Jahre 1848 hier studirt, und fragte mich damals mit seinen jüngern Glaubensgenossen, ob Art. 12 der Verfassung ihnen eine Aussicht auf Anstellung im Staatsdienste gewähre, nachdem schon das Edict von 1812 dieselbe gestattet, und überhaupt die Emanzipation der Juden ausgesprochen habe. Ich habe die jungen Leute nicht gewarnt, fühlte daher nicht blos die Verpflichtung, sondern glaubte auch ein gutes Recht zu haben, für sie einzutreten. In der Commission haben wir mit dem Commissar Geh. Rath v. Wiese den ganzen Kampf durchgemacht, der nachher im Hause angefangen, aber nicht beendigt wurde. Für den Beschluß, die Petition dem Ministerium zur Abhilfe zu überweisen, hatte ich Gelegenheit, das Meinige zu thun. Redner machte nun noch nähere Mittheilungen über die Thätigkeit in einzelnen Commissionen und ging dann auf den Hagen'schen Antrag über.

(Schluß folgt im Morgenblatt.)

Breslau, 26. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Fischergasse Nr. 4 zwei braune Frauenkleider von Rips, eine braune und eine schwarze Kleidertaille von Rips, und ein roth, weiß und braun karrirtes kattunenes Frauenkleid; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 74 ein gestickter Teppich; Scheitniger-Straße Nr. 3 ein Paar alte graue dunkelgrün gestreifte Tuch-Hosen; Rosenthaler-Straße Nr. 5 75 Thaler, theils in Kassenscheinen, theils in Silber bestehend; Messergasse Nr. 28 ein Knabenrock von schwarzem Tuch mit großen Hornknöpfen.

Abhanden gekommen sind: drei schlesische Pfandbriefe à 3½ Prozent, Nr. 57 über dreihundert Thaler auf Casimir, Kreis Neustadt O.-S., Nr. 20 über fünfzig Thaler auf Schumm, Kreis Rosenberg, und Nr. 30 über fünfzig Thaler auf Silmenau, Kreis Breslau.

Verloren wurde: ein feines, weißes gesticktes Taschentuch, gez. C. M. 18. Oktober 1857.

Gefunden wurden: ein kleiner neuer Kinder-Pantoffel von braunem Saffian mit weißem Fries gefuttert; zwei Stücke weiße Leinwand und eine in Gold gefaßte Glaskapsel mit Haaren.

Eingefunden hat sich Messergasse Nr. 8 ein großer schwarzer Hofhund mit ledernem Halsbande, an welchem sich ein eiserner Ring befindet.

[Hundefang.] Im Laufe voriger Woche sind hierorts durch Scharfrichterknechte 22 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 10, getödtet 7 Stück, die übrigen 5 Stück wurden noch am 24sten d. Mts. in der Scharfrichterei in Verwahrung gehalten.

Angekommen: Oberst und Kommandeur des brandenburgischen Dragoner-Regiments Nr. 2 von Treskow aus Landsberg. Major im brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 2 Steinbrück von der Mark aus Landsberg. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

	Stationen.	Barometer bei 0 Gr. R. Par. Maß.	Luft-Temperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
Am 21. März, 8 Uhr Morg.	Wien	27 6,61	+4,8	Windstill.	Nebel.
	Paris	27 6,34	+6,4	SO. 1.	Fast bedeckt.
	Greenwich	27 5,59	+1,1	N. 3.	Schnee.
	Petersburg	28 3,48	−15,8	Windstill.	Nebelig.
	Moskau	27 5,28	−6,4	N. 3.	Bedeckt.
	Madrid	—	—	—	—
Am 22. März, 8 Uhr Morg.	Wien	27 6,65	+8,5	Windstill.	Regen. Nebel.
	Paris	28 1,52	+3,0	WNW. 1.	Bedeckt.
	Greenwich	27 11,84	+2,5	NNO. 2.	Bedeckt.
	Petersburg	28 5,56	−12,0	O. 1.	Heiter.
	Moskau	27 10,78	−13,6	O. 3.	Bewölkt.
	Madrid	28 0,95	+2,9	S. 1.	Heiter.
Am 23. März, 8 U. Morg.	Berlin	28 2,37	−0,4	SO. 2.	Bedeckt.
	Königsberg	28 0,02	−6,7	N. 1.	Schnee.
	Breslau	27 9,93	−0,6	NW. 4.	Bewölkt.
	Köln	28 1,30	+1,0	OSO. 2.	Wolkig.
	Frankfurt a. M.	27 11,13	+1,0	—	Trübe.
Am 24. März, 8 U. Morg.	Berlin	27 11,57	+0,2	NW. 2.	Bedeckt.
	Königsberg	28 2,81	−1,6	W. 1.	Trübe.
	Breslau	27 9,54	−0,6	SO. 2.	Trübe.
	Köln	27 9,93	+6,4	SO. 1.	Ziemlich heiter.
	Frankfurt a. M.	27 11,09	+4,6	—	Heiter.

Breslauer Sternwarte.

25. März 10 U. Abds.	27 5,33	+7,6	S. 2.	Heiter.
26. März 6 U. Morg.	27 5,19	+7,8	SW. 1.	Trübe. Nebelig.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 25. März, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war geschäftslos. Die 3pCt. begann zu 69, 90, wich auf 59, 80, stieg dann bis 70, 05 und schloß zu diesem Course in fester Haltung. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 05. 4½prz. Rente 97, 85. 3prz. Spanier 48½. 1prz. Spanier 42⅞. Silber-Anleihe —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 512. Credit-mobilier-Aktien 775. Lomb. Eisenbahn-Aktien 547. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 25. März, Nachm. 3 Uhr. Regen. — Consols 93⅞. 1prz. Spanier 43. Mexikaner 34⅝. Sardinier 81. 5prz. Russen 99. 4½proz. Russen 93. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¼ Sch., Wien 13 Fl. 95 Kr.

Wien, 25. März. Des katholischen Festtages wegen keine Börse.

Frankfurt a. M., 25. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Geringer Umsatz in österreich. Effekten bei etwas matterer Haltung. Luxemburger gewichen. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 130⅜. Wiener Wechsel 76. Darmst. Bank-Aktien 207. Darmstädter Zettelbank 250½. 5proz. Metall. 49¾. 4½proz. Met. 43⅝. 1854er Loose 64¾. Oesterr. National-Anleihe 59½. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 234. Oesterr. Bank-Antheile 700. Oesterr. Credit-Aktien 172½. Neueste österr. Anleihe 68⅛. Oesterr. Elisabetbahn 111½. Rhein-Nahe-Bahn 26⅝. Mainz-Ludwigsb. Litt. A. 119.

Hamburg, 25. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest, namentlich Eisenbahnen. Schluß-Course: National-Anleihe 60½. Oesterreich. Credit-Aktien 73¾. Vereinsbank 101⅝. Norddeutsche Bank 93¾. Rheinische 94. Nordbahn 59. Disconto 2¼. Wien 104, 50. Petersburg 29.

Hamburg, 25. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco und ab auswärts stille. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 85—86 zu kaufen. Oel flau, pr. Mai 28, Okt. 26⅜. Kaffee animirt, schwimmend Domingo 7½, Portoriko 7⅜, Santos 7¼; loco 16,000 Sack umgesetzt.

Liverpool, 25. März, Mittags 12 Uhr. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. Preise sehr fest.

Berlin, 25. März. Die Physiognomie der Börse war heute eine so eigenthümlich bewegte, wie sie seit langer Zeit an keiner Börse wahrgenommen wurde. Während für eigentliche Speculationspapiere keinerlei Geschäftslust anzuregen war, concentrirte sich ein ungewöhnlich lebhaftes und umfassendes Geschäft in den schweren Eisenbahn-Actien und den preuß. Staats-Schuldscheinen. Diese Bewegung entlehnte ihre Motive den Finanzoperationen, mit welchen unsere Regierung rücksichtlich der 4½proz. Anleihen bereits vorgegangen ist, und die sie den gestern von uns mitgetheilten Gerüchten zufolge bezüglich verschiedener Eisenbahnen noch vorbereitet. Wir haben an einer andern Stelle unserer heutigen Zeitung einige Bemerkungen hierüber niedergelegt, und erwähnen hier nur, daß die Ankäufe in Staatsschuldscheinen die hierauf offenbar ganz unvorbereitete Börse ohne das genügende Material fanden, und deshalb zu einer ungewöhnlichen Courssteigerung führten. Der Eisenbahnactien, welche man mit der projectirten Erwerbung der Bahnen seitens der Regierung in Verbindung bringt, bemächtigte sich eine entschlossene Speculation, und trieb den Cours auf eine Höhe, wohin ihr ernste Käufer nicht folgten. Dagegen wandten sich Käufer anderen guten Bahnen zu, so daß die meisten der betreffenden Actien höher bezahlt wurden und sich auch höher behaupteten. Hervorzuheben ist noch der gute Begehr für niedrig verzinste Prioritäten, die aber fehlen, während 4½proz. fast ohne Ausnahme unverkäuflich sind. Der Geldmarkt wird, je näher dem Ultimo, immer fester, unter 2½ pCt. ist nicht anzukommen. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 25. März 1862.

Fonds- und Geldcourse.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	101 bz.
	Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100½ bz.
	dito 54, 55, 56, 57	4½	101 bz.
	dito 1853	4	100 B.
	dito 1858	5	107¼ bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	91¾ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	121⅛ G.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅛ bz.
Pfandbriefe	Kur- u. Neumärk.	3½	93¼ bz.
	dito dito	4	101½ bz.
	Pommersche	3½	91¾ bz.
	dito neue	4	100¾ G.
	Posensche	4	103¾ G.
	dito	3½	98¼ bz.
	dito neue	4	98 bz.
	Schlesische	3½	92¾ bz.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	100 B.
	Pommersche	4	99¾ G.
	Posensche	4	98¼ B.
	Preussische	4	99 bz.
	Westf. u. Rhein.	4	98⅞ bz.
	Sächsische	4	99¾ G.
	Schlesische	4	99⅞ bz.
	Louisdor	—	109⅞ bz.
	Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	51 B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	66½ bz.
dito neue 100-fl.-L.	—	64¼ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	61½ bz.
dito Bankn.n.Whr.	—	74⅛ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	99¼ i. P. bz.
dito 5. Anleihe	5	84¼ bz.u.B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80½ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	84⅝ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92¼ G.
dito à 300 Fl.	5	94½ G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	84 B.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ etw. bz.
Baden 35 Fl.	—	31½ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	88 bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	23¼ B.
Amst.-Rotterdam	5⅒	4	80½ bz.
Berg.-Märkische	—	4	105½ bz.
Berlin-Anhalter	8¼	4	140½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	106½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	180 bz.
Berlin-Stettiner	—	4	129½ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	121 bz.
Cöln-Mindener	—	3½	176à180à178 bz.
Franz.St.-Eisenb.	—	5	134¾ à 135¼ bz.
Ludw.-Bexbach.	8	4	131 B.
Magd.-Halberst.	—	4	284 G.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	44¼ B
Mainz-Ludw. A.	—	4	119¼ etw.à¾ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	55¾ a ½ bz.
Münster-Hammer	—	4	— — —
Neisse-Brieger	3½	4	70¾ bz.
Niederschles.	4	4	99 G.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	57½ bz.
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	59⅜ à ⅝ bz.
dito Prior.	—	4½	102½ G.
Oberschles. A.	7⅒	3½	140¼ à ¾ bz.
Oberschles. B.	7⅒	3½	125 G.
dito C.	7⅒	3½	140¼ à ¾ bz.
dito Prior A.	—	4	98 G.
dito Prior B.	—	3½	89 G.
dito Prior C.	—	4	96¼ G.
dito Prior D.	—	4	96⅜ G.
dito Prior E.	—	3½	87 G.
dito Prior F.	—	4½	101⅛ G.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	39½ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	—	4	58 bz.
Rheinische	—	4	94¾ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	99¼ G.
dito Prior.	—	4	94½ G.
dito III. Em.	—	4½	99¼ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	26⅝ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3⅑	3½	94 B.
Starg.-Posener	—	3½	95 bz.
Thüringer	—	4	118½ bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	47 bz.
dito Prior	—	4	93 G.
dito III. Em.	—	4½	96 G.
dito Prior St.	—	4½	89¾ B.
dito dito	—	5	90¼ bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5⅓	4	116 bz.
Berl.-Hand.-Ges.	—	4	85¼ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	78¾ B.
Bremer "	5⅗	4	103¾ bz.
Coburg. Credit-A.	3	4	68¼ B.
Darmst. Zettel-B.	8⅗	4	101 bz.
Darmst.Credb.-A.	5	4	85½ à ¾ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	7 B.
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	93¾ à 94¼ bz.
Genf. Creditb.-A.	—	4	41¼ etw. bz.
Geraer Bank	5¾	4	86½ bz.
Hamb. Nrd. Bank	5	4	93½ B.
" Ver. "	5⅙	4	101 G.
Hannov. "	—	4	96 B.
Leipziger "	—	4	71½ bz.
Luxembrg. "	10	4	100 B.
Magd. Priv. "	4⅓	4	89 etw. bz.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	87 bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	25 bz u.G.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	73¾ à 74 bz.
Pos. Prov.-Bank	5⅓	4	94⅞ bz.
Preuss. B.-Anthl.	4⅐	4½	121 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	95¾ etw. bz.
Thüringer Bank	2⅝	4	55⅛ bz.u.G.
Weimar. Bank	4	4	80 bz.u.B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143 bz.
dito	2 M.	142½ bz.
Hamburg	8. T.	151 bz.
dito	2 M.	150½ bz.
London	3 M.	6. 21⅝ bz.
Paris	2 M.	79⅝ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	73¾ bz.
dito	2 M.	73¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	93 bz. 3 M. 92¼ bz.
Warschau	8 T.	84 bz.
Bremen	8 T.	109⅞ G.

Berlin, 25. März. Weizen loco 65—79 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 79—80pfd. 50½—¾ Thlr., 81—82pfd. 51—¼ Thlr. ab Bahn bez., untergeordn. poln. 48¼ Thlr. frei Haus bez., März 49¼—49 Thlr. bez., Frühjahr 49—48¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Mai-Juni 49—48¾ Thlr. bez. und Gld., ⅞ Thlr. Br., Juni-Juli 49⅛—48⅞ Thlr. bez., 49 Thlr. Br., 48¾ Thlr. Gld., Juli-August 48¾—½ Thlr. bez. und Br., ¼ Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 48¼ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 33—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—25 Thlr., gelber sächsischer 24¾ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. März ohne Handel, März-April dito, Frühjahr 23 Thlr. bez., Mai-Juni 23½ Thlr. bez., Juni-Juli 24 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—57 Thlr. — Rüböl loco 12¾ Thlr. Br., März und März-April 12¾ Thlr. Br., ⅝ Thlr. Gld., April-Mai 12⅚—⅔ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Mai-Juni 12¾ Thlr. bez., Juni-Juli 12¾ Thlr. Br., ⅔ Thlr. Gld., Sept.-Oktbr. 12⅔—7/12 Thlr. bez. — Leinöl, loco 13½ Thlr., Lieferung 12⅓ Thlr. Gld. — Spiritus loco ohne Faß 17¼—5/24 Thlr. bez., März und März-April 17 Thlr. Br., 1/12 Thlr. Gld., April-Mai 17¼—⅛—⅙ Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br., Mai-Juni 17⅜—⅓—5/12 Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Juni-Juli 17⅚—¾ Thlr. bez., Gld., ⅚ Thlr. Br.

Breslau, 26. März. Wind: Süd. Wetter: schön. Thermometer Früh 7° Wärme. Der Wasserstand der Oder bleibt gut. Der Geschäfts-Verkehr am Markte blieb heut klein, Landzufuhren waren wegen der beginnenden Saatzeit spärlicher.

Weizen flau; pr. 85pfd. weißer 70—85 Sgr., gelber 70—84 Sgr. — Roggen ruhig, feinste Sorten fehlen; pr. 84pfd. 52—55—59 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Gerste still; pr. 70pfd. weiße 38—39 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer wenig gefragt; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen und Wicken fast unverkäuflich. — Bohnen still. — Oelsaaten ohne Offerten. — Schlaglein fest.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	72—80—85	Wicken	40—43—46
Gelber Weizen	70—77—85	Bohnen	58—64—68
Roggen	54—57—60		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Gerste	35—38—40	Schlagleinsaat	165—180—210
Hafer	22—24—28	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—51—56	Sommerrübsen	160—170—180

Kleesaat schwaches Geschäft; rothe 6—9—11—12—13 Thlr., weiße 10—12 -15—17½—20 Thlr.

Thymothee ohne Geschäft, 7—8½ Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln gefragt, pr. Sack à 150 Pfd. netto 25—28 Sgr., pr. Metze —.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.